

Wachstum und Stabilität in schwierigem Umfeld sichern

Deutschland ist Stabilitätsanker und Wachstumsmotor in Europa

Deutschland steht wirtschaftlich gut da. Derzeit sind in unserem Land so viele Menschen in Arbeit wie nie zuvor – im Jahr 2011 über 41 Millionen. Dabei geht der Beschäftigungsanstieg zum allergrößten Teil auf das Konto von regulären, unbefristeten Vollzeitjobs. Die Arbeitslosenquote war zuletzt so niedrig wie seit 20 Jahren nicht mehr. Zudem ist die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland so niedrig wie nirgendwo sonst in der Europäischen Union.

Möglich wurden diese Erfolge nur, weil unsere Wirtschaft dank guter Rahmenbedingungen und der enormen Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiter wächst – im vergangenen Jahr um plus 3 Prozent. Aber ebenso muss gesehen werden, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung derzeit aufgrund der weltwirtschaftlichen Lage abkühlt und für Deutschland nur noch ein geringeres Wachstum zu erwarten ist.

Wachstum trotz Risiken sichern

Deutschlands wirtschaftlicher Erfolg ist zudem gefährdet von den ständigen Forderungen nach mehr gut gemeinten Wohltaten, die mittelbar oder unmittelbar vom Staat und damit allen Bürgerinnen und Bürgern finanziert werden sollen. Jedem muss klar sein, dass das Wohlstandsniveau in Deutschland letztlich davon abhängt, was durch eine wettbewerbsfähige Wirtschaft erarbeitet wird: Erwirtschaften geht vor Verteilen. Das muss das Prinzip sein, an dem wir jeden Vorschlag messen. Wir müssen einen klaren ordnungspolitischen, wachstumsfreundlichen Kurs halten.

Angesichts des schwierigen internationalen Umfelds ist eine wachstumsfreundliche Konsolidierung in Deutschland und Europa unverzichtbar. Der eingeschlagene Konsolidierungskurs bei den öffentlichen Haushalten in Deutschland wirkt und muss konsequent fortgesetzt werden.

Dass der Gesamthaushalt in Deutschland 2012 ausgeglichen sein wird, zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Auch beim Bundeshaushalt setzen wir die Konsolidierung konsequent um: 2013 wird die Schuldenbremse eingehalten – und damit drei Jahre früher als im Grundgesetz vorgeschrieben. Für das Jahr 2014 wollen wir einen Bundeshaushalt ohne strukturelles Defizit aufstellen. So schaffen wir Spielräume, um Bürgerinnen und Bürger zu entlasten und weiterhin Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung in Deutschland zu sichern.

Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es, Wachstumskräfte zu mobilisieren, Wachstumsbremsen zu verhindern und zu lösen und so Rahmenbedingungen zu sichern und zu schaffen, die den Wirtschaftsstandort Deutschland noch robuster und wettbewerbsfähiger machen. Allen Versuchen, den eingeschlagenen Konsolidierungspfad zu verlassen, neue vermeintliche Wohltaten zu verteilen oder dem deutschen Wirtschaftswachstum neue Hemmnisse in den Weg zu legen, muss eine klare Absage erteilt werden.

Wachstumsimpulse setzen, Wachstumshemmnisse beseitigen

Folgende Bereiche stehen im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik:

Sichere und bezahlbare Energie

- **Energiewende sicher und bezahlbar** für Verbraucher und Unternehmen ausgestalten: Wir brauchen marktwirtschaftliche Lösungen im Bereich erneuerbare Energien statt gesetzlich vorgeschriebenem Einspeisevorrang mit garantierter Einspeisevergütung. Die knappen Mittel der Verbraucher für Energie müssen dort eingesetzt werden, wo sie die besten Ergebnisse bringen. Jetzt brauchen wir Investitionen in die Netze und konventionelle Kraftwerke. Der Umbau der Energieversorgung hat weit reichende Folgen für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Rationalität und Vernunft müssen Vorrang vor Ideologie und Dogmatismus haben.
- **Energiewende und Sicherung der industriellen Basis** der deutschen Wirtschaft in Einklang bringen: Ausnahmen von EEG-Umlage, Netzentgelten und Stromsteuer insbesondere für energieintensiv produzierende Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, sind zur Sicherung von Beschäftigung und Wirtschaftswachstum am Industriestandort Deutschland unverzichtbar. Andernfalls drohen sowohl Arbeitsplatzverluste in Deutschland als auch eine steigende Belastung des globalen Klimas durch Abwanderung der Industrie in andere Länder, die – anders als Deutschland – keine Vorreiterrolle in der Energie- und Klimapolitik einnehmen. Die Mehrbelastungen beim Strompreis für die nicht von den Ausnahmen profitierenden Unternehmen und Verbraucher sind nicht den Ausnahmeregelungen, sondern vielmehr einer ineffizienten Förderung erneuerbarer Energien durch das EEG zuzuschreiben.
- **Keine überzogenen Anforderungen an Energieeinsparvorgaben und Energieeffizienzziele** unabhängig von einer Kosten-Nutzen-Betrachtung, um Wettbewerbsnachteile zu verhindern. Auch hier muss gelten: Vernunft statt Ideologie.
- **Wachstumschancen der Energiewende nutzen:** Entwicklung von Stromspeichern (entsprechend des Energieforschungsprogramms), neue Technologien für intelligente Stromnetze („Smart Grids“), Vernetzung von Stromverbrauchern, Entwicklung von Energieeffizienztechnologien.

Wettbewerbsfähigkeit von Mittelstand und Industrie

- **Weitere Stärkung des Wettbewerbs:** Die Blockade des Bundesrates bei der 8. GWB-Novelle (u.a. Möglichkeit der Entflechtung bei Missbrauch marktbeherrschender Stellung, Verlängerung des Verbots der Preis-Kosten-Schere; Einrichtung der Markttransparenzstelle zur Beobachtung von Energiepreisen, um bei Missbrauchsverdacht frühzeitig eingreifen zu können) muss beendet werden.
- **Potenziale im Dienstleistungssektor aktivieren:** weiterer Abbau ungerechtfertigter Beschränkungen, vor allem Marktöffnung in den netzgebundenen Industrien. Dort bestehen die größten Wachstumsreserven, insbesondere durch mehr Wettbewerb auf dem Briefmarkt (Postgesetznovelle) und mehr Wettbewerb auf der Schiene.
- **Reform der Unternehmensbesteuerung,** um international wettbewerbsfähige Besteuerung unserer Unternehmen zu erreichen (u.a. Abschaffung der Zinsschranke und der Mindestbesteuerung). Die Steuerbelastung darf das durchschnittliche Besteuerungsniveau der entwickelten Industrieländer nicht übersteigen, um Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nicht zu gefährden. Die Unternehmenssteuer sollte sich neutral gegenüber Rechtsform-, Finanzierungs- und Umstrukturierungsentscheidungen in Unternehmen verhalten.

- **Förderung der Innovationsfreude und Technologieoffenheit:** siehe aktuelles Innovationskonzept „*Lust auf Technik – Neues wagen, Wachstum stärken, Zukunft gestalten*“. Erhöhung der Zahl innovativer und forschender Unternehmen, Förderung von Wagniskapitalfinanzierungen (Volumen 2013: 30 Mio. Euro; 2014 – 2016 jeweils 40 Mio. Euro), ständiger Dialog mit jungen innovativen Unternehmern, um Verbesserungspotenzial auszuloten.
- **Mitarbeiterkapitalbeteiligung vereinfachen:** Gleichstellung der Entgeltumwandlung; Mitarbeiterbeteiligungsfonds - die sich nicht bewährt haben - wieder abschaffen; Mitarbeiterkapitalbeteiligung insgesamt unbürokratischer gestalten (z. B. bei der Anwendung des Geldwäschegesetzes). Mit dem neuen Informationsportal unterstützen wir aktiv Unternehmen, um geeignete Formen zur Mitarbeiterkapitalbeteiligung einzuführen (auf www.bmwi-unternehmensportal.de).
- **Bürokratieabbau:** Vereinfachung von Betriebsgründungen (gemeinsames Projekt mit den Wirtschaftsverbänden und sechs Bundesländern zur Ermittlung geeigneter Ansatzpunkte); Stärkung elektronischer Kommunikation zwischen Unternehmen und Verwaltung (z.B. bei Gewerbean- und -ummeldung, Meldung von Ausbildungsverhältnissen); verbesserte Berücksichtigung der KMU-Belange im Rahmen der Gesetzesfolgenabschätzung auf Bundesebene (Weiterentwicklung eines "handhabbaren" KMU-Tests); Verkürzung der steuerlichen Aufbewahrungsfristen.

Chancen am Arbeitsmarkt ausbauen

- Der **demografische Wandel** darf nicht zur Wachstumsbremse werden. Deshalb müssen alle Potenziale für **Fachkräfte** erschlossen werden:
 Fokus Inland: Keine Mauern um, sondern Brücken in den Arbeitsmarkt; durch Bildung, Aufstiegsmobilität, Aktivierung älterer Menschen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
 Fokus Ausland: Passgenaue, an den Bedürfnissen des deutschen Arbeitsmarktes ausgerichtete Zuwanderung. Die erleichterten Zuwanderungsregelungen der Blauen Karte EU für akademisch hochqualifizierte Arbeitskräfte aus Drittstaaten sind nur ein erster Schritt. Gerade in Mangelberufen brauchen wir eine deutlich vereinfachte Zuwanderung auch für nicht akademisch, aber beruflich qualifizierte Arbeitskräfte. Deshalb brauchen wir klare, an individuellen und Arbeitsmarktkriterien orientierte Zuwanderungsregelungen, z.B. in Gestalt eines Punktesystems.
 Flankierung der Maßnahmen durch umfassende Öffentlichkeitskampagne zur Fachkräftesicherung einschließlich des Portals „www.make-it-in-germany.com“.
- **Weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarkts:** Die Rente mit 67 hat bereits zu mehr Flexibilität und einem Anstieg bei der Erwerbsbeteiligung Älterer beigetragen. Es darf keine neuen Anreize zur Frühverrentung geben. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen stärker individuell den Übergang in den Ruhestand flexibel und selbstständig gestalten können. Wir brauchen eine Erhöhung der Einkommensgrenzen für sozialversicherungsfreie Mini- und Midi-Jobs, Erleichterungen für befristete Beschäftigungsverhältnisse, auch durch Lockerung des Vorbeschäftigungsverbots sowie eine beschäftigungsfreundliche Ausgestaltung des Kündigungsschutzes. Insbesondere darf die erforderliche Neuregelung der Kündigungsfristen (nach EuGH-Urteil zur Altersdiskriminierung) nicht beschäftigungsfeindlich ausgestaltet werden.
- **Kein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn**, weder unmittelbar per Gesetz noch durch eine Kommission, deren Vorschlag durch den Gesetzgeber verbindlich gemacht werden soll: er würde vor allem Langzeitarbeitslose und gering Qualifizierte ausgrenzen und Hürden um den Arbeitsmarkt bauen – statt dessen brauchen wir auch künftig flexible Lohnvereinbarungen durch die Tarifpartner.

- **Bildung, Ausbildung, Aufstiegsmobilität:** Bildung beeinflusst die soziale Mobilität ganz erheblich. Erhöhung der Durchlässigkeit des bislang wenig durchlässigen deutschen Bildungssystems, z. B. durch Lernstipendien, Fortsetzung des Ausbildungspakts und eine weitere Öffnung des Hochschulzugangs.
- **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** muss verbessert werden. Es liegt im eigenen Interesse der Unternehmen, mehr flexible Arbeitszeitmodelle anzubieten und die Rückkehr in den Beruf nach der Geburt eines Kindes zu erleichtern. Vorhaben wie die Großelternzeit oder die Ausweitung der Ansprüche von Beschäftigten hinsichtlich Teilzeit während der Elternzeit (Teilzeitbefristungsgesetz) berücksichtigen dagegen nicht die vielfältige betriebliche Praxis bei Arbeitszeiten.

Binnenkonjunktur stärken

- **Weitere Senkung der Lohnzusatzkosten:** Aufgrund der guten wirtschaftlichen Lage konnte der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung 2012 bereits von 19,9 auf 19,6 Prozent herabgesetzt werden. 2013 sinkt der Beitragssatz weiter auf 18,9 Prozent; Bürger und Unternehmen werden damit um 6 Mrd. Euro pro Jahr entlastet, und die Lohnzusatzkosten liegen dann deutlich unter 40 Prozent.
- **Abschaffung der Praxisgebühr:** Entlastung der Bürger um rund zwei Mrd. Euro pro Jahr und Abbau der mit der Gebühr verbundenen Bürokratie.
- **Keine weiteren Belastungen der Sozialkassen.** So wird es statt einer beitragsfinanzierten Zuschussrente eine steuerfinanzierte Lebensleistungsrente geben.
- **Auch nach der Ablehnung des Gesetzentwurfes durch SPD/Grüne bleibt der Abbau der Steuermehrbelastungen infolge der kalten Progression notwendig:** dadurch mehr Steuergerechtigkeit und Stärkung der Inlandsnachfrage.
- Weitere **Privatisierungen:** der Staat muss sich aus Wirtschaftsunternehmen und Finanzinstituten zurückziehen. Die im Koalitionsvertrag vorgesehene Expertenkommission ist schnellstmöglich einzuberufen, um konkrete Vorschläge zu unterbreiten. Die Veräußerung von Bundesbeteiligungen kann dazu beitragen, den für 2016 geplanten Ausgleich des Bundeshaushalts bereits früher zu erreichen. Auch eine Ausschüttung der Gewinne der KfW in den Bundeshaushalt wird dieses Ziel unterstützen und die Wettbewerbsgleichheit im Bankensektor stärken.

Wachstumskräfte in Europa stärken

- Festigung einer **Stabilitätsunion:** Europa leidet unter einem Umsetzungsdefizit, nicht aber unter einem Mangel an Regelungen und Institutionen. Konsequente Reformdisziplin, hohe Wettbewerbsfähigkeit und solide öffentliche Haushalte sind daher die Basis für ein erfolgreiches wertorientiertes Europa. Handeln und Haftung müssen unmittelbar im Einklang miteinander stehen. Deshalb Absage an Vergemeinschaftung von Schulden (wie durch Eurobonds), um Fehlanreize zu vermeiden.
- Zur Wahrung der Geldwertstabilität muss die Trennung von Geldpolitik und Bankenaufsicht in Europa beibehalten werden. Versuche, die Verantwortung für die Geldpolitik einerseits und die europäische Bankenaufsicht andererseits in eine Hand zu legen, haben wir auf EU-Ebene zur Sicherung unserer auf Preisniveaustabilität ausgerichteten Geld- und Wirtschaftsordnung erfolgreich abgewehrt. Ebenso haben wir erreicht, dass die direkte europäische Bankenaufsicht auf große systemrelevante Banken konzentriert wird und insbesondere die deutschen Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken weiterhin grundsätzlich nur der bewährten nationalen Aufsicht unterliegen.

- **Subsidiaritätsprinzip:** Die Verantwortung, Wachstum und Beschäftigung dauerhaft zu stärken, liegt in erster Linie bei den Mitgliedstaaten. Sie können am besten den jeweiligen länderspezifischen Besonderheiten Rechnung tragen.
- **Finanzhilfen** – etwa aus dem ESM – dürfen nur als ultima ratio unter strengen Bedingungen gewährt werden; diese im ESM formulierte Vorschrift muss sich auch in der europäischen Praxis durchsetzen. Dabei müssen die nationalen parlamentarischen Beteiligungsrechte – etwa des Deutschen Bundestages – gewährleistet werden.
- Weitere **Stärkung des europäischen Binnenmarkts**, vor allem: Senkung der Hürden für grenzüberschreitende Dienstleistungen (Dienstleistungsrichtlinie), Stärkung des digitalen Binnenmarkts, weiterer Ausbau des Energiebinnenmarkts und Forcierung des gemeinsamen europäischen Wagniskapitalmarktes.

Neue Märkte erschließen – im Inland und im Ausland

- **Neue Wachstumsmärkte erschließen:** Digitale Welt; neue Technologien zum Umbau der Energieversorgung wie Smart Grids; Verkehrstechnologien; Elektromobilität; Gesundheitswirtschaft; neue Werkstoffe; laufender Dialog mit Unternehmern zur Verbesserung der Rahmenbedingungen, insbesondere mit jungen innovativen Unternehmen und Start ups und Gründung des neuen BMWi Beirats „Junge Digitale Wirtschaft“ Anfang 2013.
- **Keine Hemmnisse** bei der Entfaltung neuer Märkte durch überzogene Anforderungen (etwa an Daten- und Verbraucherschutz).
- **Freihandelsabkommen mit wichtigen Partnerländern abschließen:** mit ehrgeizigen Freihandelsabkommen ergänzen wir das multilaterale Handelssystem der WTO und reduzieren Marktzutrittsschranken im Handel mit bedeutenden Wirtschaftsräumen; EU-Freihandelsabkommen mit Nordamerika, Indien, Korea und einigen wachstumsstarken Schwellenländern wurden bereits abgeschlossen oder die Verhandlungen stehen unmittelbar bevor.
- **Neue Zielmärkte im Ausland erschließen:** Initiative „Neue Zielmärkte“ zur Unterstützung von Handelsbeziehungen insbesondere mit Ländern wie Indonesien, Vietnam, Malaysia, Kolumbien, Mexiko und Nigeria; Initiative "German Mittelstand" unterstützt deutsche Unternehmen, sich noch stärker international zu etablieren; Exportinitiativen (etwa zu „Energieeffizienz“ und „Erneuerbare Energien“); Vereinfachung des Außenwirtschaftsrechts (aktuell: AWG-Novelle).